

Post aus Berlin

Rundbrief der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD

A large red arrow pointing to the right, positioned below the "AfD" text.

Dreifachschlag gegen Haldenwang: Abmahnung Beschwerde, MaßnahmenEinstellung

Wegen offenkundig rein politischer Motivation fordert die AfD vom Verfassungsschutz die Einstellung aller Einstufungs- und Beobachtungsmaßnahmen und erhebt zudem Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bundesbeamten und BfV-Präsidenten Haldenwang.

Als neben den Parteiprechern in dieser Angelegenheit zuständiger Bundesvorstand der AfD will ich unsere aktuellen **juristischen Schritte** wie folgt erläutern: Nach diversen grenzüberschreitenden und amtsfernen aber öffentlich-amtlich getätigten Äußerungen des Regierungsbeamten Haldenwang haben wir **Dienstaufsichtsbeschwerde beim Bundesinnenministerium gegen den BfV-Präsidenten** erhoben.

Zudem mahnen wir diverse, sehr pressewirksam getätigte Äußerungen des Herrn Haldenwang im Rahmen und im Zusammenhang mit der Vorstellung des sogenannten „VS-Berichts 2022“ ab – darunter seine zwar „ehrlichen“ aber gerade deshalb hoch bedenklichen Aussagen: „Nicht allein der Verfassungsschutz ist dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD zu senken.“ und „Ich glaube, das sind [...] Umstände [zur AfD], die auch die deutschen [...] Wähler bei ihrer Entscheidung [...] im Hinterkopf haben sollten“. Hierzu fordern wir die Einstellung, künf-

tige Unterlassung und öffentliche Richtigstellung der Aussagen.

Drittens fordern wir das Haldenwang-Amt bei Klageandrohung auf, wegen der nun offen zutage liegenden rein politischen Motivation ALLE Einstufungs- und Beobachtungsmaßnahmen der AfD als „Verdachtsfall“ einzustellen.

Die amtlich getätigten Äußerungen von Haldenwang sind wegen der nun ganz offenkundig und öffentlich gezeigten rein politischen Motivation des Amtes und seines Präsidenten skandalös. Das Verhalten ist rechtswidrig, da es dem staatlichen Neutralitätsgebot eindeutig widerspricht.

Ein VS-Präsident, der es explizit als seine Aufgabe ansieht, die Wahlergebnisse einer demokratisch gewählten Partei zu drücken und Wähler zu beeinflussen, verkennt völlig den Auftrag seines steuerfinanzierten Amtes und lässt jede Fassade der Objektivität fallen.

Obwohl Innenministerin Faeser eigentlich SELBST treibende Akteurin in diesem Skandal ist, ist sie nun gefordert, die seit Jahren mit Steuermitteln finanzierte Hexenjagd auf vermeintliche „Wortverbrecher“ der AfD zu beenden und das staatliche Neutralitätsgebot in ihrer Behörde endlich wieder zu beachten.

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Haushaltspolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss
- Obmann im Unterausschuss zu Fragen der EU
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der EU
- Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO-Stiftung

 pboehringer

 PeterBoehringer

 peter.boehringer@bundestag.de

 pboehringer

 www.pboehringer.de

 Peter.BoehringerCom

 pboehringer_mdb

 pboehringer

Deutschland hat keine eigene Entscheidungsfreiheit

Im Juli stimmte das Europäische Parlament für das Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law). Dabei ist das Gesetz brandgefährlich und greift radikal in die Eigentumsfreiheit der Bauern ein. Unter anderem sollen bis zu 10 Prozent der landwirtschaftlichen Ackerflächen bis zum Jahr 2030 nicht mehr bewirtschaftet werden dürfen. Einen Tag zuvor hatte eine Gruppe von Landwirten aus zahlreichen EU-Mitgliedstaaten vor dem Parlament in Straßburg gegen das Vorhaben protestiert. Leider erfolglos.

Dieses Unheil nimmt nun also seinen Lauf. Da Deutschland seine Souveränität verloren hat, ist zu befürchten, dass nicht nur zehntausende bäuerliche Familienbetriebe in Deutschland unwiederbringlich zerstört werden, sondern auch unsere Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln gefährdet wird. Dass der Deutsche Bundestag überhaupt keine Wahl mehr hat und Abstimmungen von EU-Richtlinien im Bundestag nur noch zur Show veranstaltet werden „müssen“, zeigt ein anderes Beispiel.

Am 22. Juni stimmten SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke für das Gesetz zum Verbot von Aroma-Tabak in Vanille, Schokolade oder anderen Geschmacksrichtungen

für Tabakerhitzer. Die AfD enthielt sich ihrer Stimme. Es handelte sich hier um eine Anweisung Brüssels, die bis zum 23. Juli umgesetzt werden musste. Eigene Entscheidungsfreiheit hat Deutschland hier nicht. Nicht in der EU!

Sehen Sie hierzu meine Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=u3hL2gwKnGw> Und dort wo die Bundesregierung noch etwas für Deutschland tun könnte, schiebt sie jegliche Verantwortung von sich. Aus einer Kleinen Anfrage von uns ging hervor, dass die Bundesregierung nicht beabsichtigt den Schutzstatus von Prädatoren, die existentielle wirtschaftliche Probleme in der bereits bedrohten Deutschen Teichwirtschaft verursachen, abzusenken.

Die Bundesregierung lässt das mehr als tausendjährige Kulturgut Teichwirtschaft einfach ausbluten. Bundesminister Cem Özdemir schiebt die Verantwortung einfach auf die Länder ab. Um die traditionellen Teichwirtschaften und ihren wichtigen ökologischen Beitrag zu bewahren, fordert die AfD-Fraktion, den Nationalen Strategieplan Aquakultur (2021-2030) endlich umzusetzen. Die Bundesregierung sollte endlich Verantwortung **f ü r** Deutschland übernehmen, und diese nicht abschieben!

Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

 /StephanProtschkaMdB

 stephan.protschka@bundestag.de

 /protschka.stephan

 www.stephan-protschka.de

 /Protschka

 @stephan.protschka.mdb

 @AfDProtschka

 @protschkasposition

Carola Rakete gehört ins Gefängnis und nicht ins Europäische Parlament!

Unsere Partei befindet sich in diesen Tagen im beginnenden Europawahlkampf. In Magdeburg werden die Kandidaten für die Europawahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 aufgestellt und das Europawahlprogramm wird diskutiert und verabschiedet werden. Die Umfragewerte motivieren uns und wir als Partei hoffen, unseren Einfluss in Brüssel und in Europa zu vergrößern.

Besondere Schützenhilfe bekommen wir dabei von der Links-Partei. In völliger Blindheit und Ideologiebefangenheit wollen sie doch tatsächlich die Schlepperin Carola Rakete als Spitzenkandidatin ins Europäische Parlament entsenden.

Das darf doch nicht wahr sein! Diese Rakete gehört ins Gefängnis und nicht ins Europäische Parlament!

Die Linksextremistin Rackete betreibt seit 2019 mit dem Boot ‚Sea-Watch 3‘ organisierte Schlepperei im Mittelmeer.

Sie ist an der Einschleusung von Migranten nach Europa aktiv beteiligt. Dafür wurde sie in Italien sogar festgenommen und unter Hausarrest gestellt.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag bekämpft langfristig die illegale Einschleusung von Ausländern nach Europa. Die Fraktion hat für die kommende Sitzungswoche des Bundestages den Antrag ‚Schlepperei bekämp-

fen, Asylindustrie das Handwerk legen: Das Mittelmeer darf kein Massengrab sein!‘ erarbeitet.

Wie in dem Antrag ausgeführt, starben bereits 2014 nach offiziellen Angaben 3.286 Menschen auf dem Mittelmeer. Im Jahr 2023 werden es – hochgerechnet – über 2000 sein. Erst durch das Angebot der Schlepperbote wie Sea-Watch, Migranten kurz vor der Küste Afrikas aus der See zu fischen und nach Europa zu bringen, begeben sich Migranten in völlig untauglichen Schlauchbooten auf hohe See. Viele kentern und ertrinken dabei. Für diese Toten sind die Schlepper wie Carola Rakete mitverantwortlich.

Kein Flüchtling steigt in eine alte Nusschale – das sichere Ertrinken vor Auge. Erst die absehbare Rettung durch Schlepperbanden, erschafft die absurde Situation, dass die Flüchtlinge die kenternden Nusschalen besteigen.

Wir als AfD werden alles dafür unternehmen, dass diesem Treiben ein Ende bereitet wird.

Liebe Freunde, dagegen wenden wir uns von der AfD! Ich persönlich setze mich weiter für Sie ein, für ein Leben in Frieden und Freiheit!

Herzlich Ihr Petr Bystron

Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Außenpolitischer Sprecher der AfD Fraktion
- Obmann und ordentliches Mitglied im Auswärtigen Ausschuss
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Mitglied in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates
- AfD-Mitglied im Vorstand des Kuratoriums der KENFO Stiftung



petr.bystron@bundestag.de



www.petrbystron.de



/bystronpetr

Dank öffentlichem Druck: Bundestagspräsidentin muss Ordnungsruf zurücknehmen!

Durch Ihre Hilfe wurde das Bundestagspräsidium in die Knie gezwungen und dazu gebracht, einen Ordnungsruf gegen mich rückgängig zu machen. Bundestagspräsidentin Bas hat versucht, ihre Macht zu missbrauchen und wurde daraufhin dank öffentlichem Druck dazu gezwungen, sich an demokratische Spielregeln zu halten. Hunderttausende Menschen haben mein Video, in dem der Ordnungsruf zu sehen war, in den Sozialen Medien geteilt und dafür gesorgt, dass die Öffentlichkeit auf diesen skandalösen Fall aufmerksam wurde.

Was war passiert? In einer Plenarsitzung des Bundestages erhielt ich von Bundestagspräsidentin Bas einen Ordnungsruf. Sie begründete diesen mit den Worten: „Martin Sichert hat ein Mitglied des parlamentarischen Kontrollgremiums als ehemaligen SED-Kader bezeichnet, dafür rufe ich Sie zur Ordnung.“ Daraufhin habe ich Widerspruch gegen den Ordnungsruf eingelegt. Es handelte sich bei meiner Aussage um eine Tatsachenbehauptung:

Dr. Andre Hahn (MdB, DIE LINKE), Mitglied des parlamentarischen Kontrollgremiums, gibt auf seiner Bundestagsseite unter Biografie für jeden einsehbar an: „1985 bis 1989 Mitglied der SED; seit 1990 Mitglied der PDS, jetzt Linke; 1990 Mitglied des Zentralen Runden Ti-

sches der DDR.“ Dr. Hahn hatte damit unbestritten eine herausgehobene Position in der SED, denn er war nicht nur Mitglied der SED, sondern saß als Vertreter der AG Junge Genossen der SED am runden Tisch der DDR, dem nur 32 Spitzenfunktionäre der DDR angehörten. Damit ist MdB Hahn eindeutig ein ehemaliger SED-Kader.

Der (versuchte) Ordnungsruf ist ein erneuter Beweis dafür, dass bei Reden unserer Fraktion mit anderem Maß gemessen wird als bei anderen Fraktionen und sogar Tatsachenbehauptungen durch das Präsidium bestraft werden – wenn auch in diesem Fall ohne Erfolg.

Allen, die mich aktiv unterstützt haben, auch an dieser Stelle: Vielen Dank!

Mein Video dazu auf Telegram: <https://t.me/martinsichertinfo/1800>



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Ausschuss für Gesundheit
 - Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Gesundheitspolitischer Sprecher

 /sichertmartin

 /MartinSichertMdB

 /martinsichert

 /Martin_Sichert

 /martinsichertinfo

 martin.sichert@bundestag.de

Demobilisierung mit der Brechstange: das endet nur mit einer Politikwende!

Es ist die berühmt-berüchtigte deutsche Gründlichkeit, mit der wichtige Grundpfeiler unserer Mobilität beseitigt werden, zugunsten einer mit geradezu religiösem Habitus betriebenen Klimapolitik. Der Verbrennungsmotor und damit die über Jahrzehnte bewährte Vorzeige-Stärke der deutschen Automobilindustrie soll bis 2035 „abgewickelt“ werden. Das gibt die EU unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) vor, und alle etablierten Kräfte parieren. Keiner wagt dort, die Planwirtschaft der CO₂-Nichtproduktionsziele in Frage zu stellen.

Es gibt aber allerhand Schauspielerei. FDP-Granden wie Lindner und Wissing machen damit Reklame, sie hätten in Brüssel für den Verbrennungsmotor nach 2035 ein Schlupfloch geschaffen: Autos, in denen ein solcher ausschließlich mit „grünen“ synthetischen Kraftstoffen läuft, sollten auch nach 2035 noch zugelassen werden können. Weil die Kommission dieses Thema aber unbearbeitet liegen lässt, schickt man aus Berlin „Brandbriefe“ nach Brüssel.

Den zuständigen EU-Kommissar Timmermans, seines Zeichens knallharter (Öko-) Sozialist, kümmert das überhaupt nicht. Seine Chefin von der Leyen lässt ihn machen. Das hindert CDU/CSU aber wiederum nicht, auf der Berliner Bühne die FDP-Matadore nach dem Er-

folg ihrer Brandbrief-Aktion zu fragen. Auf die Idee, mal die Parteifreundin von der Leyen anzurufen, kommt man bei den Schwarzen wohl nicht – das steht halt nicht im Drehbuch.

Während die Schauspieler den Bürgern und der Wirtschaft Unterstützung vorgaukeln, werden die sogenannten Klimaziele mit rücksichtsloser Gründlichkeit durchgeboxt. Dass gerade in Deutschland für die gewollten teuren E-Autos gar nicht genug Strom da sein wird, interessiert höchstens am Rande. Die Spritpreise werden mit der sogenannten CO₂-Abgabe zum nächsten Jahreswechsel voraussichtlich sogar besonders stark angehoben. So werden sich Millionen Deutsche bald gar kein Auto mehr leisten können. Das ist im Ergebnis die große Demobilisierung Deutschlands. Stoppen werden die Etablierten das nicht. Nur mit unserem klaren Programm, das die Klimaideologie in Frage stellt, kann sich daran etwas wirksam und nachhaltig ändern. Die EU-Wahl im Juni 2024 wird dafür besonders wichtig!

Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Haushaltsausschuss
- Verkehrsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Digitales
- Petitionsausschuss

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

fb /w.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

Nachbericht Umweltkonferenz der AfD

Wie versprochen ein Nachbericht zur interfraktionellen Umwelttagung der AfD Fraktionen Anfang Juli im schönen Wemding. Vertreter von 11 AfD Landtagsfraktionen, sowie EU-Parlament, Bundestag, BFA und LFAs trafen sich zum gemeinschaftlichen Austausch über Belange der Umweltschutzpolitik. Speziell erwähnen möchte ich auch den Vertreter der FPÖ, Peter Schmiechlechner aus dem österreichischen Nationalrat, der uns zwei Tage lang bei den Beratungen begleitete. Leider fand sich kein MdL des Bayerischen Landtages ein, der sich für Umweltbelange zuständig fühlt.

Herausheben bei einzelnen Themenbereichen möchte ich zum einen den Landschaftsschutz, der sich insbesondere um den Schutz der Wälder kümmert. Eine weitere, ausufernde Flächenutzung durch Photovoltaik und Windindustrieanlagen die zur Zerstörung von Wald, Wiesen und Feldern führt lehnen wir kategorisch ab. Dies erstreckt sich auch auf bestehende Feuchtgebiete, sowie zu schützende Küsten- und Meeresgebiete. Pläne der Ampelkoalition verstärkt Moore, das Wattenmeer im Vorküstenbereich, sowie Flächen in der Nordsee als Standorte für unzuverlässige sogenannte erneuerbare Energien auszuweisen erteilt die AfD eine Absage.

Weitere Punkte betreffen die voranschreitende Kunststoffvermüllung, sowie die Bergung von Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee. Während das zweite Thema eindeutig im Zuständigkeitsbereich Deutschlands ist, so muß dies beim ersten Thema negiert werden. Diese Vermüllung findet hauptverantwortlich durch Länder Afrikas und Asiens statt. Weitere Gesetze in Deutschland verfehlen also sowohl die Wirksamkeit und gehen an der Verantwortlichkeit vorbei.

Bei den Themen invasive Arten und der Entwicklung der Wolfspopulation besteht auch eine große Einigkeit. Die Ausbreitung invasiver Arten führt zwangsläufig zur Verdrängung einheimischer Arten und ist daher zu bekämpfen, bzw. an der weiteren Ausbreitung zu hindern. Die Wolfspopulation in Deutschland hat, nach Ansicht der AfD Fraktionen den günstigen Erhaltungszustand bereits weit überschritten und gefährdet in zunehmendem Maße die Existenz verschiedener Nutztierhalter. Hier ist durch eine Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht ein Ausgleich zwischen diesen Interessen herbeizuführen, bis hin zu wolfsfreien Zonen, wo dies geboten ist (z.B. Deichschutz). Eine Ansiedlung des Bären lehnen wir ab.

Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann im Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Stellvertretendes Mitglied im Verkehrsausschuss

 @Dr_Rainer_Kraft

 /RainerKraftAfD

 www.rainer-kraft-mdb.de

 /dr.rainer.kraft

Polnische Reparationsforderungen zurückgewiesen

Die polnische Regierung verstärkt den Druck auf Deutschland und will ihre aberwitzige Reparationsforderung in Höhe von 1,3 Billionen Euro nach Ablehnung aus Deutschland nun auf die internationale Bühne bringen. Dazu hat Warschau sich an die Vereinten Nationen gewandt und versucht zudem Unterstützer im US-Kongress und Senat zu gewinnen.

Damit nicht genug: das polnische Außenministerium hat sich zum Ziel gesetzt, durch massive Einflussnahme auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit, Deutschland zur Zahlung zu bewegen. Der eigens ernannte Regierungsbeauftragte für Wiedergutmachung, Herr Arkadiusz Mularczyk, hat alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages persönlich angeschrieben. Mit historisch falschen Behauptungen wie Polen habe niemals eine Entschädigung erhalten oder vertraglich auf Ansprüche verzichtet, setzt er darauf, dass viele mit ihrer Geschichte fremdelnde Deutsche aus dem links-grünen Lager, aber auch aus weiten Teilen der CDU/CSU die Gebietsabtretungen der wirtschaftsstarke deutschen Ostgebiete an Polen und das millionenfache Leid deutscher Vertriebener geringschätzen oder gar vergessen haben. Noch weigert sich die Bundesregierung zu zahlen, aber wie lange noch? Erst kürzlich habe ich im Bundestag wieder erlebt, wie sich

die Altparteien aus einem Schuldkomplex heraus einen moralischen Überbietungswettbewerb in Bezug auf Entschädigungszahlungen an Namibia geliefert haben. Trotz beträchtlicher Summen deutscher Steuergelder, die seit der Unabhängigkeit Namibias in die Entwicklung des Landes geflossen sind, drängen die „angeblichen“ Vertreter des deutschen Volkes darauf, dass die Regierung in Namibia möglichst schnell von Deutschland die ohne rechtliche Verpflichtung beschlossene und bewilligte Entschädigungssumme von 1,1 Milliarden € annimmt. Die polnische Reparationskampagne mitten hinein in die internationale und deutsche Politik hat eine völlig unberechtigte Entschädigungszahlung zum Ziel, die noch die Enkelkinder unserer Kinder belasten würde und zu keiner Aussöhnung der beiden Völker beiträgt. Weil ich fest davon überzeugt bin, dass im Umgang mit Staaten nicht auf moralisierende, ideelle Aspekte zurückgegriffen werden darf, sondern allein auf die Grundlage des Völkerrechts, habe ich das Schreiben des polnischen Wiedergutmachungsbeauftragten mit einer entschiedenen Zurückweisung der Reparationsforderungen beantwortet und über die polnische Botschaft weitergeleitet.

[Mein Antwortschreiben an den polnischen Regierungsbeauftragten.](#)



Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung
- Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- NATO Parlamentarische Versammlung

 /GeroldOttenAfD

 @gerold_otten

 /gerold.otten

Web: www.mdb-otten.de

 /t.me/MdB_Otten

Offizielle Israel-Reise mit AfD in letzter Minute „aus Budgetgründen“ abgesagt

Dass es den Altparteien ein Dorn im Auge ist, dass auch AfD-Abgeordnete in der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe aktiv sind, hatte ich bereits berichtet. Was sich jetzt jedoch geleistet wurde, war einerseits fast vorhersehbar, andererseits ist es ein erneuter Offenbarungseid. Eine seit Monaten eingeplante Reise nach Israel Ende Juni wurde abgesagt. Offiziell hatte man zwei Tage (!) vor dem Abflug plötzlich festgestellt, dass die Reisekasse des Bundestages quasi leer sei. Eine willkommene Ausrede – hatten allen voran gerade die Grünen Vielflieger doch dafür gesorgt, dass das Budget in der Tat ausgereizt war. Dies konnte aber bereits angemeldete (und budgetierte) Reisen gar nicht betreffen.

Hinten herum konnte man den wahren Grund angedeutet bekommen: Dieser stellvertretende Vorsitzende der Parlamentariergruppe, Peterka von der AfD, durfte auf keinen Fall mitkommen. Das musste unbedingt verhindert werden. Das Antisemitismus-Narrativ sei sonst in Gefahr. Auf Hochtouren wurde sich anscheinend noch überlegt, wie denn nun die Unschuldslämmer der anderen Fraktionen ihre wohlverdiente Reise antreten könnten. Budget plötzlich doch kein Problem mehr? Man fand aber keine Lösung, die nicht allzu offensichtlich gewesen wäre, kündigte aber

an, dass „die Reise zeitnah definitiv nachgeholt werden wird“.

Wer steckte also genau dahinter? Sicher nicht die rechte Netanjahu-Regierung. Dort, so hörte ich, gab es sogar ehrliches Interesse. Eine offizielle „Ablehnung“ durch die Regierung war der erhoffte Königsweg, der aber, anders als in der letzten Legislaturperiode, nicht erreicht wurde. Die Schreckensbilder über die AfD werden langsam angezweifelt. Kamen diese doch stets aus dem traditionell mit linken unkündbaren Beamten durchsetzen Außenministerium in Israel ... sowie der deutschen Botschaft vor Ort. Dort residiert übrigens nun kein anderer als Merkels ex-Sprecher Steffen Seibert. Diese beiden Häuser haben auch, so hört man, die Budgetausrede als „diplomatische“ Notbremse gezogen. Passt ins Bild. Jedenfalls werde ich versuchen, die Reise nun auf eigene Kosten mit eigenen Kontakten durchzuführen. Der Vorteil eines nicht links-lastigen Terminplans wäre immerhin inklusive.

Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied

- Unterausschuss Europarecht
- Rechtsausschuss

Stellvertretendes Mitglied

- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Wahlausschuss

 /tobiasmpeterka  tobias.peterka@bundestag.de

 /tobiaspeterka

Spannende Einblicke in Wirtschaft und Politik: Delegationsreise nach China

Vom 24. Juni bis 30. Juni unternahm ich gemeinsam mit unserer Vorsitzenden der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Alice Weidel und meinem Kollegen Petr Bystron eine Delegationsreise nach China. Als stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Chinesischen Parlamentariergruppe konnte ich mir hier ein Bild über die wirtschaftliche und politische Situation in dem Land machen. Ich habe mich natürlich in erster Linie über unsere mittelständischen Unternehmen in China informiert. Mehr als 5.000 deutsche Unternehmen sind vor Ort in China, eine enorm wichtige Handelspartnerschaft, die aber auf Augenhöhe ausgerichtet sein muss. De-Risking und Entkoppelung sind keine europäischen oder gar deutschen geopolitischen Strategien. Für uns ist der Handel mit China zu wichtig, als dass wir uns in neue Auseinandersetzungen hineinziehen lassen dürfen. Es ist auch beeindruckend, wie weit Digitalisierung und KI bereits in Shanghai und Peking im Alltag verankert sind. Wir haben da noch sehr viel aufzuholen, aber manches sollten wir sehr kritisch prüfen.

nesischen Gesprächspartner waren uns gegenüber sehr offen und interessiert und waren auch sehr gut über unsere Arbeit in Berlin informiert. Das war ein sehr guter erster Aufschlag einer AfD-Delegation in China, die nächsten Schritte sind bereits in Planung.“ Tatsächlich hat China in den letzten Jahren politisch enorm an Bedeutung gewonnen und gleichzeitig in vielen Technologie-Bereichen einen Sprung nach vorne gemacht. Das war während des gesamten Besuchs spürbar. Ich bin nach wie vor der Meinung: Eine Zusammenarbeit mit China ist im beiderseitigen Interesse. Deutschland und China verbinden seit fast 50 Jahren gute diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. Diese wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte zu China sollten wir ausbauen, gleichzeitig aber eine gegenseitige Angleichung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen erreichen.

Auf dem Programm stand unter anderem auch der Besuch in Chinas größter Metropole Shanghai und in der Hauptstadt Peking. Insgesamt schließe ich mich der Meinung unserer Vorsitzenden an, die dazu mitteilten: „Unsere chi-



Peter Felser, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss

 peter.felser@bundestag.de

 @PeterFelser

 /peterfelserafd

 www.peterfelser.de

Grünes Wirtschaftswunder? Kanzler Scholz hat sich mal wieder geirrt

Der rot-grüne Umbau führt unser Land in den wirtschaftlichen Niedergang. Wir sind dank grüner Wirtschaftspolitik unseres „Fachministers“ Habeck in eine Rezession gerutscht und tragen damit als Schlusslicht in der EU die rote Laterne.

Wir sind tatsächlich das einzige Land, dem der internationale Währungsfonds einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts voraussagt. Alle anderen Länder wachsen. Doch seit die Ampel regiert, mag kaum einer hier noch investieren. Es sei denn, es gibt massive Subventionen dafür wie in Magdeburg. Immer mehr Kapital fließt stattdessen ins Ausland ab. Ein „Giftcocktail“ aus exorbitanten Energiekosten, fehlenden Arbeit- und Fachkräften, Digitalisierungsrückstand, staatlicher Überregulierung, sanierungsbedürftiger Infrastruktur und überbordender Bürokratie veranlasst immer mehr Unternehmens-Giganten, von Siemens über Volkswagen bis BASF, den Standort Deutschland zu verlassen. Der Chemieriese BASF, seit mehr als 150 Jahren eine Säule der deutschen Wirtschaft, zieht sich aus Deutschland zurück, um in Asien die Zukunft anzupeilen.

Führende Unternehmer blicken wehmütig auf das einstmalige Wirtschaftswunderland Deutschland. Von 500 befragten Führungsspitzen aus Wirtschaft

und Politik glauben zwei Drittel, dass Deutschland uneinholbar abgehängt ist. Uneinholbar!

Inzwischen warnen nicht nur wir, sondern auch viele prominente Unternehmensführer vor einer Deindustrialisierung Deutschlands und Europas. Bildhaft sagt der Unternehmer Stephan Zöchling, CEO von REMUS Performance Sport Exhausts, hierzu: „Die Regierung in Berlin macht zusammen mit Paris und der EU in Brüssel aus Europa ein Industrie-Freiluftmuseum. Die Industrie zieht sich zunehmend zurück aus Europa und geht nach Nordamerika, China, Asien oder Indien.“ Robert Habeck aber bleibt unbelehrbar und vergiftet jetzt auch noch die Arbeit der KfW: Zukünftig sollen von der Bank nur noch Klimaprojekte finanziert werden.

Die übrige Regierung aber beschäftigt uns lieber mit Hitzewellen-Panikmache, LGBTQ, AfD-Bashing und anderen Nebensächlichkeiten, um sich an der Wahrheit vorbei zu mogeln. Und übersieht dabei selbstgefällig, dass es nicht das Klima ist, dass das Überleben unseres Landes gefährdet, sondern die „Klimarettung“ unserer Regierung.



Gerrit Huy, MdB

Wahlkreis 226: Weilheim

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obfrau im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
- Obfrau Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement
- Stellv. Mitglied im Finanzausschuss

 gerrit.huy@bundestag.de

 [@GerritHuy](https://twitter.com/GerritHuy)

 [/gerrithuy.afd](https://www.facebook.com/gerrithuy.afd)

 www.gerrithuy.de

 [@gerrithuy.afd](https://www.instagram.com/gerrithuy.afd)

 t.me/gerrithuy

 YouTube

 [@gerrithuy](https://www.tiktok.com/@gerrithuy)

Der BRICS-Zug rollt und der Westen isoliert sich vom Rohstoffzugang

Die BRICS-Staaten haben sich 2009 als Gegengewicht zu den G7-Staaten gegründet, aus denen Russland 2014 (damals G8) ausgeschlossen wurde. Die aufstrebenden Staaten monierten seit Jahren, dass allein die USA mit einer Sperrminorität von 16% in den globalen Finanzinstitutionen Weltbank und IWF jegliche Entscheidungen blockieren können. Die BRICS-Staaten mit der 10-fachen Bevölkerung kommen dort nur auf 15% Stimmgewicht. Ein zunehmend sich vom Westen weg verschiebendes Wirtschafts- und Bevölkerungsgewicht verschiebt langfristig auch das Machtgefüge in der Welt. In der Medienblase des Westens mag man die Öffentlichkeit noch täuschen können über die globale Führungsautorität der USA unter Mithilfe der EU. Doch es ist sicher kein Zufall, dass die BRICS-Staaten gerade das von der EU verbotene russische Staatsmedium RT nutzen, um die Schaffung einer gemeinsamen digitalen BRICS-Handelswährung anzukündigen, die durch Rohstoffe wie Gold, Silber und Seltene Erden gedeckt werden soll. Nach den jahrzehntelangen Sanktionskriegen des Westens gegen den Irak, Syrien, Venezuela und schließlich Russland will man sich unabhängiger und unerpressbarer von der Weltleitwährung US-Dollar, aber auch vom Euro machen. In der Vergangenheit hatten solche Angriffe auf die Hegemonie des US-Dollars zur sofortigen Eliminierung der verantwortlichen Staatschefs wie etwa Hussein und Gaddafi geführt. Denn die Verschuldungspolitik der USA bei einem Billionendefizit in der Handelsbilanz und damit der Wohlstand der westlichen Führungsnation und ihre über 200 Milliarden Euro pro Jahr verschlingenden Militärbasen in aller Welt sind nur unter der Prämisse der globalen Dollar-Dominanz zu halten. Doch der jetzige Angriff auf die Vorherrschaft der USA kommt vom BRICS-Machtblock, der eine multipolare Weltordnung etablieren will. Ein einzelner Enthauptungsschlag wird es nicht mehr tun. Der Stellvertreterkrieg der NATO in der Ukraine gegen Russland steckt fest, die Isolierung des Westens von günstiger Energie- und Rohstoffversorgung schreitet voran. Die GRÜNEN trommeln nach Order aus Washington nun für ein Kappen der engen Wirtschaftsbeziehungen zu China. Entweder es setzt sich die außenpolitische Doktrin der AfD durch, dass wir in einem friedlichen Ausgleich mit allen großen Partnern, nicht nur den USA, unsere eigenen Interessen wahren oder der Wohlstand in Deutschland verpufft. So wie die 132 Mrd. an Investitionen, die 2022 aus Deutschland mehr ab- als zugeflossen sind. Die Zeit drängt, die AfD sollte rasch das Ruder übernehmen.

Dr. Rainer Rothfuß, MdB

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied: Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)
- Stv. Vorsitzender der Deutsch-Brasilianischen Parlamentariergruppe

✉ rainer.rothfuss@bundestag.de

📘 [/Dr.Rainer.Rothfuss](#)

🌐 www.rainer-rothfuss.de

📧 t.me/rainerrothfuss

📺 [/@DrRainerRothfuß](#)

🐦 [/DrRothfuss](#)

**Gefällt Ihnen unser
Rundbrief?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**